

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
02/2012*



**P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L**

Liebe FreundInnen!

Anbei wieder aktuelle Informationen direkt aus dem SPÖ-Klub im Parlament.

In der Sondersitzung vom 23. Februar ging es um das Stabilitätspaket und die Reform der Parteienfinanzierung.

Wie immer gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 23. Februar trat der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen. Debattiert wurde das Stabilitätspaket, das die Bundesregierung zur Konsolidierung der österreichischen Staatsfinanzen vorgelegt hat. Im Rahmen einer Kurzdebatte wurde im Anschluss auch über die Reform der Parteienfinanzierung diskutiert.

Bundeskanzler Werner Faymann betonte, dass eine Gesellschaft in der Bewältigung einer Krise zeige, wie sozial sie ist. Klar ist: **Österreich** ist bisher so **gut** wie kaum ein anderes Land **durch die Krise gekommen**, sagte der Bundeskanzler mit Blick darauf, dass Österreich ein Land des **sozialen Friedens** ist und die **geringste Arbeitslosigkeit in Europa** aufweist.

Mit dem Stabilitätspaket hat die Bundesregierung die **Weichen für die Zukunft Österreichs** gestellt. Es ist notwendig, einerseits die **Mehrkosten auszugleichen**, die zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise vonnöten waren. Andererseits geht es darum, nun den Weg **Österreichs** als **wettbewerbsfähiges** und **soziales Land** fortzusetzen.

Das von der Regierung vorgelegte Stabilitätspaket sieht ein Konsolidierungsvolumen von 26,5 Mrd. Euro bis 2016 vor. Mit den Beschlüssen aus Loipersdorf sind es sogar knapp 50 Mrd. Euro. Dabei gibt es einen **ausgewogenen Mix aus ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen**. Es ist es gelungen, ein ausgewogenes Paket vorzulegen, das nicht auf Kosten der sozial Schwachen geht. Es wurden **keine Massensteuern erhöht**, sondern ein Paket erarbeitet, das nicht zu sozialen Gegensätzen führt.

Auch **SPÖ-Klubobmann Josef Cap** betonte, dass Österreich mit dem **Stabilitätspaket** den **erfolgreichen Weg fortsetzt** und verwies auf die **guten Beschäftigungszahlen** und **Wirtschaftsdaten** Österreichs. Selbstverständlich jedoch müssen in einer Koalitionsregierung auch **Kompromisse** geschlossen werden. Die **SPÖ** hat sich klar **für vermögensbezogene Steuern** und die **Erbschaftssteuer** eingesetzt. Dies wurde jedoch von der ÖVP abgelehnt. Dieser Weg wird von der SPÖ fortgesetzt, so auch der Bundeskanzler, der für weitergehende Maßnahmen im Bereich der Vermögenssteuern plädierte.

Auch SPÖ-Nationalratsabgeordneter und FSG-Vorsitzender **Wolfgang Katzian** bekräftigte, dass das von der Regierung präsentierte Stabilitätspaket **sozial ausgewogen** ist und gänzlich anders aussehe als etwa die Pakete in Spanien und Italien, wo u.a. in Löhne eingegriffen wird, Kollektivverträge ausgehebelt und Massensteuern erhöht werden. SPÖ-Sozialsprecherin **Renate Csörgits** unterstrich, dass das Stabilitätspaket Arbeitsplätze sichert und Österreichs **Vorreiterrolle in Sachen Arbeitsmarktpolitik** stärkt. SPÖ-Finanzsprecher **Jan Krainer** betonte, dass es der SPÖ-geführten Bundesregierung gelungen ist, ein ausgewogenes Stabilitätspaket vorzulegen, das sozialdemokratische Handschrift trägt. Österreich hat ein Paket geschnürt, das **Wettbewerbsfähigkeit** und **Wachstum ermöglicht**. Die SPÖ wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass alle einen gerechten Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten.

Im Rahmen der **Debatte** zu einem **Fristsetzungsantrag** zum Thema **Parteienfinanzierung** betonte SPÖ-Bundesgeschäftsführer **Günther Kräuter**, dass aus Sicht der SPÖ eine **schnelle Beschlussfassung** zu begrüßen wäre. Bereits im Jahr 2006 habe die SPÖ in einem Antrag gefordert, Spenden ab einer Höhe von 7000 Euro zu veröffentlichen. Derzeit gebe es allerdings noch **offene Problemfelder**. Ziel sei, die Regelungen zu mehr Transparenz bei Parteispenden rasch im **Konsens** mit anderen Parteien und den Bundesländern zu beschließen.

Pressemeldungen & Veranstaltungen:

[Muttonen begrüßt EU-Leitlinien für Ausbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes](#)
(31.01.2011)

[Muttonen zu EU-Gipfel: Verbindliche Obergrenzen für Arbeitslosigkeit einführen](#)
(30.01.2011)

[Muttonen erfreut über klares Votum Kroatiens für EU-Beitritt](#)
(23.01.2011)

Dänemarks Botschafter Brylle stellt Programm der dänischen Ratspräsidentschaft vor

Am Dienstag, den 21. Februar 2012, war der dänische Botschafter zu Gast im Nationalrat, um das Programm der dänischen Ratspräsidentschaft für das erste Halbjahr 2012 vorzustellen.

Botschafter Brylle erklärte in der von mir geleiteten Aussprache, Däne-



mark wolle sich insbesondere darum bemühen, die Zusammenarbeit zwischen den Euro-Staaten und den übrigen EU-Mitgliedern wieder zu verbessern. Außerdem werde sich Dänemark in den kommenden Monaten intensiv für eine verantwortungsvolle europäische Wirtschaft einsetzen, wozu vor allem eine stärkere Finanzmarktregulierung und Finanzmarktaufsicht sowie als größtes Einzelthema die Weichenstellungen beim Mehrjährigen Finanzrahmen gehöre.

Von Seiten der SPÖ haben wir an Botschafter Brylle die Wünsche herangetragen, Dänemark möge sich insbesondere für EU-weite Projekte zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit und für die rasche Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzen. Außerdem baten wir ihn darum, dass Dänemark während seiner Präsidentschaft sowohl die beunruhigende Entwicklung in Ungarn als auch die Menschenrechtssituation der in der EU lebenden Roma genau beobachten möge.

Das Programm der dänischen Ratspräsidentschaft könnt Ihr [hier](#) einsehen.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien